

FAZ 24.09.2018

Michael Heise

Die Verantwortung der EU in der Handelspolitik

Die Finanzmärkte haben die Ankündigung weiterer Strafzölle auf Exporte Chinas in die Vereinigten Staaten gelassen zur Kenntnis genommen. Das spiegelt ein großes Maß an Zuversicht, dass der Konflikt die Weltwirtschaft nicht in eine Rezession zieht. Zwei Überlegungen dürften dahinterstehen. Zum einen wird darauf verwiesen, dass von den bisherigen und den angekündigten Zöllen der Vereinigten Staaten nur etwa zwei Prozent des Welthandels betroffen sind. Das ist aber nur auf den ersten Blick beruhigend. Die chinesische Gegenreaktion auf höhere Zölle wird sich keineswegs nur auf den Warenhandel beschränken, sondern auch Dienstleistungen und Niederlassungen ins Visier nehmen. Zudem werden signifikante dauerhafte Handelsbarrieren zwischen Amerika und China internationale Produktionsketten obsolet werden lassen; die Produktion in diesen Ländern für internationale Märkte ergibt wirtschaftlich keinen Sinn mehr. Daher ist allein die Unsicherheit über den Ausgang des Handelskonflikts ein erheblicher Bremsfaktor für Investition und Produktionspläne international tätiger Unternehmen.

Aber wird es zu den angedrohten dauerhaften Einschränkungen kommen? Hier ist Zuversicht erlaubt. Die Vereinigten Staaten selbst werden wirtschaftlichen Schaden erleiden, wenn die Eskalation anhält. Amerikanische Konsumenten werden wesentlich höhere Preise beklagen, und die Hoffnung auf mehr Investitionen dürfte trügerisch sein, zumal viele Unternehmen ihre exportorientierte Produktion aus den Vereinigten Staaten in andere Länder verlegen werden.

Auch wenn man eine Einigung im Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China als wahrscheinlich ansieht, besteht für die EU schon heute in dreierlei Hinsicht Handlungsbedarf. Erstens sollte sie den Ende Juli zwischen Präsident Trump und Kommissionschef Juncker vereinbarten Abbau der Zölle zwischen beiden Wirtschaftsblöcken forcieren. Die gegenseitigen Zölle auf Waren sind überflüssig, und ihr Ende könnte beiden Seiten einen Wachstumsschub geben. Zweitens sollte die EU eine konkrete Reform der WTO fordern. Sie hat in diesen Tagen einen Bericht mit ersten Ideen hierzu vorgelegt. Neuer Regelungsbedarf für die digitale Wirtschaft ist gegeben. Weitere Themen sind der starke Einfluss des Staates auf den Unternehmenssektor in China sowie der Schutz geistigen Eigentums. China wird in diesen Fragen eine harte Verhandlungslinie fahren, aber sich Reformen nicht generell versperren, wenn es den freien Zugang zu Auslandsmärkten sichern will. Die EU Initiative zur Reform der WTO sollte grundsätzlich auch im amerikanischen Interesse liegen. Drittens sollte die EU Freihandelsverträge mit anderen Wirtschaftsregionen vorantreiben, so wie jüngst mit Kanada und Japan geschehen. Dies ist die beste Reaktion auf eine stärker national orientierte Politik in den Vereinigten Staaten, die als traditioneller Vorkämpfer für Freihandel zurzeit ausfallen. Beim Freihandel geht es um mehr als wirtschaftliche Vorteile, sondern auch um Multilateralismus und eine friedliche Kooperation der Weltgemeinschaft.